



Dr. Thomas Ulmer MdEP

**Nicht die Bürger müssen sich auf die Suche nach EU-Informationen begeben,
sondern die Informationen müssen sich auf die Suche nach den Bürgern begeben!**

EuKommunal News (EuKN)

Nachrichten für Kommunen aus und für Europa

März 2010

1. Vergaberecht

Die Stärkung der Gemeinden durch den Lissabonvertrag muss auch im Vergaberecht Berücksichtigung finden. Das ist die Kernaussage des Initiativberichts, den die Berichterstatterin des Parlaments am 05. 02. 2010 vorgelegt hat. Der Bericht geht auf 15 Seiten auf die neuesten Entwicklungen im EU-Vergaberecht und auf alle Fragen ein, die derzeit – geklärt oder ungeklärt – die aktuelle Diskussion beherrschen, bis hin zu der Frage der Zulässigkeit städtebaulicher Verträge. Hervorgehoben wird, dass u. a. durch die jüngste kommunalfreundliche Rechtsprechung des EuGH genügend Rechtssicherheit für die öffentlichen Auftraggeber in den Bereichen Dienstleistungskonzessionen, öffentlich-private Partnerschaften sowie interkommunaler Kooperationen bestehe. Kritisch vermerkt wird die ausufernde Komplexität der EU-dominierten Vergaberegeln, die insbesondere von kleineren Kommunen und Unternehmen nur noch mit hohem Aufwand bewältigt werden können. Die Berichterstatterin hält die von der Kommission angekündigte Revision der Vergaberichtlinie für derzeit verfrüht, erklärt aber zugleich, dass ggf. eine Revision nur unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen dürfe. Die abschließende Abstimmung über den Bericht ist im Plenum für den 17. Mai 2010 vorgesehen.

Die kommunalen Spitzenverbände sprachen sich in der Anhörung zum geplanten Initiativbericht am 27. 01. 2010 im Binnenmarktausschuss gegen weitere rechtliche bzw. gesetzliche Regelung aus. Die Kommunen bräuchten Flexibilität bei der Aufgabengestaltung, Transparenz, Rechtssicherheit und Verfahrenseffizienz. All diese Voraussetzungen seien mit der bisherigen Rechtsprechung gegeben.

Der Entwurf des Initiativberichts über die „Neuesten Entwicklungen im europäischen Vergaberecht“ (15 Seiten) unter

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+COMPARL+PE-438.513+01+DOC+PDF+V0//DE&language=EN](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-438.513+01+DOC+PDF+V0//DE&language=EN)

Die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände unter

<http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201002/20100201ATT68342/20100201ATT68342EN.pdf>

Unterlagen zur Anhörung am 27. 01. 2010 unter

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/hearings.do?body=IMCO&language=DE>

2. Ländlicher Raum

Der Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum bedeutet nicht zwingend den wirtschaftlichen Niedergang. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung der Generaldirektion Regionalpolitik, die als Kurzpapier am 18.02. 2010 vorgelegt worden ist. Das Dokument verweist auf grundlegend verschiedene Muster wirtschaftlicher Entwicklung im Hinblick auf Erhöhungen des BIP pro Kopf zwischen 2000 und 2006. In der EU-15 erhöht sich das BIP/Kopf am meisten in ländlichen Regionen, während es in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) in städtischen Regionen den größten Zuwachs verzeichnete. In den MOEL gehen wirtschaftliche Aufholphase und Bevölkerungsrückgang Hand in Hand, wohingegen in der EU-15 wirtschaftliche Niedergänge unabhängig von Bevölkerungsveränderungen stattfinden.

Die Presseinformation der Regionaldirektion unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/newsroom/index_de.htm

Das Kurzpapier vom 18. 02. 2010 (Englisch 8 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/focus/2010_01_population_decline.pdf

3. Stadtentwicklung

Die Kohäsionspolitik unterstützt die Revitalisierung von Europas Städten. In einem Leitfaden zu der städtischen Dimension in den EU-Politiken werden Initiativen und deren Auswirkungen im Bereich der Stadtpolitik erläutert und es wird über Finanzierungsmöglichkeiten informiert.

Der Leitfaden (Teil1 und 2 mit insgesamt 120 Seiten) z. Zt. nur in Englisch. Die angekündigte deutsche Fassung ist für Anfang März ebenfalls abrufbar unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/guides/urban/index_en.htm

4. Intelligente Energie

In Bonn findet am 17. 03. 2010 eine kostenfreie Seminarveranstaltung zum Thema „Intelligente Energie“ statt. Veranstaltet von der Nationalen Kontaktstelle soll im Detail über Inhalte und Beteiligungsmodalitäten zu Ausschreibungsinhalten informiert und ein erfolgreiches Projektbeispiel präsentiert werden. Des Weiteren sollen Fragen zur Einordnung von Projektideen und zur Auswahl der geeigneten Projektform erörtert werden. Da u. a. auch zum Programm ELENA vorgetragen wird, dürfte diese Veranstaltung auch für Städte von Interesse sein. Aus dem Programm ELENAS werden kommunale Machbarkeitsstudien zur Energieeffizienz gefördert (siehe EuKN 68.4). Weitere Einzelheiten und das vorl. Programm unter

http://www.frp.nrw.de/frp2/_dld/nfl/2010_iee_info.pdf

5. Biomasse – Leitlinien

Die Kommission hat Leitlinien über die Nutzung fester und gasförmiger Biomasse bei der Stromerzeugung, Heizung und Kühlung verabschiedet. Sie betreffen u. a.

- ein allgemeines Verbot der Nutzung von Biomasse, die von umgewandelten Waldflächen, von sonstigen Flächen mit hohem Kohlenstoffbestand und von Flächen mit großer biologischer Vielfalt stammt,
- eine gemeinsame Methode für die Berechnung von Treibhausgasen, die verwendet werden könnte, um sicherzustellen, dass gegenüber dem fossilen Energiemix in der EU die aus der Nutzung von Biomasse resultierenden Treibhausgaseinsparungen mindestens 35 % betragen und
- die Überwachung der Biomasse-Herkunft.

Bislang steht es den Mitgliedstaaten frei, eigene Regelungen für die Nutzung von Biomasse einzuführen. Nun werden den Mitgliedstaaten Empfehlungen hinsichtlich der Nachhaltigkeitskriterien gegeben. Gleichzeitig erfolgt der Hinweis, dass Ende 2011 eine Überprüfung geplant ist, um zu beurteilen, ob die Regelung geändert werden muss. Grundlage dieser Überprüfung sind die nationalen Aktionspläne für erneuerbare Energien, die von den Mitgliedstaaten im Juni 2010 vorgelegt werden müssen. Im Anschluss an die Vorlage dieser Pläne und die Analyse neu entstehender nationaler Systeme wird die Kommission 2011 prüfen, ob zusätzliche Maßnahmen wie gemeinsame Nachhaltigkeitskriterien auf EU-Ebene zweckmäßig sind, was erklärtermaßen auch die Einführung verbindlicher Standards beinhalten kann.

Die Pressemitteilung vom 25. 02. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/192&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Bericht über die Nachhaltigkeitsanforderungen von Biomasse (Englisch 20 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/energy/renewables/transparency_platform/doc/2010_report/com_2010_0011_3_report.pdf

6. Netzteile für Laptops

Auf EU-Ebene sollen Netzteile für Notebooks und Laptops vereinheitlicht werden. Dafür hat sich der Petitionsausschuss des Bundestages am 24. 02. 2010 einstimmig ausgesprochen und beschlossen, eine entsprechende Petition an das Europäische Parlament weiterzuleiten. Der Petent hatte beklagt, dass gegenwärtig jeder Gerätetyp ein anderes Netzteil benötige. Entsprechend der bereits beschlossenen Vereinheitlichung der Handynetzteile sei eine Harmonisierung von Netzteilen für Laptops und Notebooks angezeigt. Ein nationaler Alleingang, wonach in Deutschland nur die Vermarktung bestimmter Netzteile erlaubt werde, würde gegen die Grundsätze des freien Warenverkehrs in der EU verstoßen würde. Eine Harmonisierung müsse daher auf europäischer Ebene vorgenommen werden.

7. Weltgesundheitstag

Der Weltgesundheitstag 2010 steht unter dem Motto "Gesundheitsförderung in Städten". Weltweit soll an diesem Tag (7. April) von den Städten aufgezeigt werden, wie das Leben gesundheitsförderlich gestaltet werden kann.

Weitere Informationen unter

www.weltgesundheitstag.de

Zur Kampagne der WHO unter

<http://www.who.int/world-health-day/2010/en/index.html>

8. Dienstleistungen

Das Portal 21 ist ein Informationsangebot des Bundeswirtschaftsministeriums zu Dienstleistungen in der EU. Damit soll es den Unternehmen erleichtert werden, grenzüberschreitend Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Das Portal bietet Informationen zu den rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen sowie zum Verbraucherschutz im Rahmen grenzüberschreitender Dienstleistungen. Die Informationen sind nach Ländern oder thematischen Rubriken sortiert abrufbar.

Das Portal unter

<http://www.portal21.de>

Zur grenzüberschreitenden Tätigkeit siehe auch das EU-Portal (EuKN 67.22) unter

http://ec.europa.eu/youreurope/business/index_de.htm

9. Wirtschaftsförderung

Germany Trade & Invest ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Aufgabe ist das Marketing für den Wirtschafts-, Investitions- und Technologiestandort Deutschland einschließlich der Investorenanwerbung. Die Gesellschaft berät ausländische Unternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit auf den deutschen Markt ausdehnen wollen. Sie unterstützt mit Außenwirtschaftsinformationen deutsche Unternehmen, die ausländische Märkte erschließen wollen. Es besteht eine strategische Zusammenarbeit mit dem weltweiten Netzwerk der deutschen Auslandshandelskammern, sodass potenzielle Investoren jeweils vor Ort eine Anlaufstelle mit besonderer Marktkennntnis haben.

Weiteres über die Germany Trade & Invest (Friedrichstraße 60, 10117 Berlin) unter

<http://www.gtai.com/startseite/>

10. Jungunternehmer

Die EU fördert den Aufenthalt von Jungunternehmern bei erfahrenen Gastunternehmern. In einem Zeitraum von bis zu sechs Monaten erhalten Unternehmensgründer die Möglichkeit, die für die Leitung eines kleinen oder mittelgroßen Unternehmens (KMU) erforderlichen Fähigkeiten zu erwerben. In diesem Zeitraum sollen sie das für die Gründung und Leitung eines KMU relevante Fachwissen in folgenden Bereichen erwerben: finanzielles und operationelles Management, Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen, erfolgreiche Vertriebs- und Marketingstrategien, Europäisches Handelsrecht und der Europäische Binnenmarkt. Die Kommission übernimmt Reise- und Aufenthaltskosten, die je nach Gastlandwahl bis zu 1.100 Euro pro Monat betragen.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/185&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Informationen zur Antragsstellung unter

<http://www.erasmus-entrepreneurs.eu/index.php?lan=de>

11. Kultur

Es gibt offizielle Kontaktstellen für die Kulturförderung in der EU. Die in allen Mitgliedstaaten bestehenden nationalen Kontaktstellen beraten bei europäischen Kooperationsprojekten. Das spartenübergreifende Programm der EU (2007-2013) fördert europäische Kooperationen der verschiedensten Kultureinrichtungen – u. a. Theater, Museen, Forschungszentren, Hochschulen, Behörden, aber auch Unternehmen der Kulturindustrie, sofern diese Projekte keinen Gewinn erzielen – Betriebskostenzuschüsse sowie Studien & Analysen.

Das Portal "Europa fördert Kultur" unter

<http://www.ccp-deutschland.de/>

12. Hotels – Übernachtungen

2009 ging in der EU die Zahl der Übernachtungen in Hotels um 5,1 % zurück.

Bezogen auf die Zahlen von 2008 wurden die geringsten Rückgänge mit -1,4 % in Deutschland, England (-1,7 %), Slowenien (-2,1 %) und Österreich (-2,9 %) verzeichnet, die stärksten Rückgänge in Lettland (-23,3 %), Litauen (-20,4 %) und Zypern (-19,7 %).

Die höchsten Übernachtungszahlen hatten 2009 Spanien (251 Mio. Nächte, -6,5 %), Italien (238 Mio., -4,3 %), Deutschland (216 Mio., -1,4 %), Frankreich (191 Mio., -5,6 %) und England (170 Mio., -1,7 %). Für Österreich hat eurostat 80 Mio. Übernachtungen und einen Rückgang von -2,9 % ermittelt.

Die Pressemitteilung von eurostat mit einer auch nach Inländer- und Ausländerübernachtungen aufgeschlüsselten Statistik unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/26&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

13. Hochschulranking

Künftig sollen sich Studierende, Forscher und Lehrkräfte ein präziseres Bild von jeder Hochschule machen können. Ein erster Schritt ist ein für 2011 angekündigter Bericht über die weltweit praktizierten – durchaus unterschiedlichen – Hochschulrankings. Darin soll nicht nur ein Überblick über die bestehenden nationalen und internationalen Rankings enthalten sein, sondern auch analysiert und kritisch kommentiert werden. Darüber hinaus plant die Europäische Universitätsvereinigung (EUA), neben diesem jährlichen Bericht auch ein jährliches Klassifizierungsseminar zu organisieren.

Einen weitergehenden Ansatz verfolgt die Kommission mit einem Pilotprojekt, dessen Ergebnis Mitte 2011 vorliegen soll. Dabei geht es um ein weltweites Hochschulranking, bei dem nicht nur die Forschungsleistung der Universitäten, sondern auch die Qualität der Lehre und der Wissenschaftskommunikation verglichen werden. Die bestehenden Rankings erfüllen diesen Zweck nicht, da der Schwerpunkt zumeist auf bestimmten Aspekten der Forschung und auf der

Hochschuleinrichtung als Ganzes liegt, nicht auf den einzelnen Studiengängen und Fächern. Mit dem neuen Ansatz soll es Studierenden und Forschern leichter fallen, fundierte Entscheidungen darüber zu treffen, wo und was sie studieren und wo sie arbeiten wollen.

Zur Initiative der EUA unter

<http://www.eua.be/eua-news/view-item/article/1004/>

Zum Pilotprojekt der Kommission die Pressemitteilung vom 11. 12. 2008 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1942&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

14. Hochschulmesse

Anregungen zur Studienplanung gibt es auf der "StudyWorld 2010" am 23./24. April in Berlin (Russisches Haus, Friedrichstraße 176-179, 10117 Berlin – Mitte). Auf dieser internationalen Hochschulmesse bieten 170 Aussteller aus 25 Ländern Informationen zu Bachelor- und Masterstudiengängen, Auslandspraktika und Förderungsmöglichkeiten. Im Vortragsprogramm stehen für Schüler, Studenten und Absolventen über 70 Seminare und Präsentationen rund um das Studium.

Weitere Informationen unter

<http://www.studyworld2010.com/>

15. Unterhaltsansprüche

Unterhaltsansprüche von Kindern und Familienangehörigen können international leichter durchgesetzt werden, nachdem das Parlament einem entsprechenden Übereinkommen zugestimmt hat. Dabei geht es u. a. um Musterformulare, die Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene und vor allem um Regeln für die Anerkennung und Vollstreckung von Titeln in Unterhaltssachen. Neben den internationalen Vorschriften gibt es innergemeinschaftlich weitergehende Regeln. Danach können ab 2011 z. B. Unterhaltsansprüche in jedem Mitgliedstaat ohne weiteres Anerkennungsverfahren vollstreckt werden und für die Einklagung und Durchsetzung ihrer Ansprüche wird Kindern / jungen Menschen unter 21 Jahren kostenloser Rechtsbeistand gewährt.

Beschluss des Rates über die internationale Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen vom 28. 07. 2009 unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0373:FIN:DE:PDF>

Entschließung des Parlaments vom 11. 02. 2010 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0027&format=XML&language=DE>

Zu den innergemeinschaftlichen Vorschriften, die Pressemitteilung des Bundesjustizministeriums vom 06. 06. 2008 unter

http://www.bmj.bund.de/enid/421b586d50728d589f03d0ca1b8dfce3,c84e656d6f6465092d09093a09636f6e5f6964092d0935323034/Pressestelle/Pressemitteilungen_58.html

16. Schwarzarbeit

Die Generaldirektion Beschäftigung hat eine neue Studie zur Schwarzarbeit vorgelegt. Die Studie zeigt, dass ein Ländervergleich kaum möglich ist, weil bei der

Messung des Ausmaßes von Schwarzarbeit die Methoden, die Quellen und abgedeckten Zeiträume unterschiedlich sind. Die Studie enthält Vorschläge, wie ein aussagefähiger Ländervergleich erreicht werden könnte.

Die Information der Generaldirektion Beschäftigung vom 24. 02. 2010, zugleich Weblink auf die Studie (Englisch 107 Seiten) unter

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=707&furtherNews=yes>

Zum Thema ein ausführlicher Bericht aus 2009 (Englisch 62 Seiten) unter

<http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2009/25/en/1/EF0925EN.pdf>

Eine Zusammenfassung des Berichts aus 2009 (Deutsch 2 Seiten) unter

<http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2009/251/de/1/EF09251DE.pdf>

17. EU - Grenzschutzagentur

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll besser ausgestattet werden.

Zudem soll eine klare Aufteilung der Befugnisse und Zuständigkeiten die Handlungsfähigkeit stärken. Frontex wurde 2005 mit Sitz in Warschau geschaffen, um die Grenzkontrollen an den EU-Außengrenzen zu koordinieren. Zur Erhöhung der operativen Kapazität sollen für gemeinsame Grenzpatrouillen aus einem Pool von Geräten der Mitgliedstaaten die geeigneten technischen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, z. B. Boote und Flugzeuge. Die Agentur soll zudem in der Lage sein, schrittweise eigene Ausrüstung anzuschaffen. Des Weiteren sieht der Vorschlag vor, dass alle Grenzschutzbeamten zum Thema Grundrechte geschult sein müssen. So soll garantiert werden, dass im Umgang mit allen Einwanderern die Grundrechte gewahrt bleiben. Die Vorschläge müssen nun vom Parlament und im Rat diskutiert und angenommen werden.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 24. 02. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/184&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

18. Lebensmittel

Der Lebensmittelverzehr wird von der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA geprüft.

Das ist die Grundvoraussetzung, um auf mögliche Bedenken in Bezug auf die Sicherheit von Lebensmitteln und die Versorgung mit Nährstoffen reagieren zu können. Die EFSA wertet Daten aus, die von nationalen Behörden gesammelt werden. Auf diesem Weg sind bislang 1000 von insgesamt 4000 nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben von Lebensmitteln geprüft worden. Hinsichtlich der Erhebung nationaler Daten gibt es bislang keine Vorgaben. Nunmehr soll eine europaweite Erhebung unter dem Namen „Wie ernährt sich Europa?“ („EU Menu“) erfolgen. Damit sollen vergleichbare und detaillierte Daten ermittelt werden, die für Risikobewertung geeignet und für die gesamte EU repräsentativ sind. Das wäre u. a. die Grundlage für gezielte Aktionen gegen Übergewicht und Diabetes.

Pressemitteilung der EFSA vom 12. 02. 2010 unter

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/datex100212.htm>

Weiters über das EU-Menu unter

<http://www.efsa.europa.eu/en/eumenu/docs/declarationde.pdf>

19. Sozialschutz und soziale Eingliederung

Die Kommission hat am 05. 02. 2010 in einer Mitteilung ihren Vorschlag für den Gemeinsamen Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2010 unterbreitet sowie ein Begleitdokument veröffentlicht. Der Berichtsvorschlag unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52010DC0025:DE:HTML>

Das Begleitdokument (Englisch 180 Seiten)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=SEC:2010:0098:FIN:EN:PDF>

20. Europäer – Stimmungsbild

Die Stimmung der Europäer verbessert sich. Das zeigt eine Ende Januar veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage. Einzelheiten zur „Eurobarometer 72 – die öffentliche Meinung in der EU“ unter Nationaler Bericht Deutschland (110 Seiten)

http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/eb72_national_report_germany.pdf

Zusammenfassung (8 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/eb72_executive_summary_germany_german_version.pdf

Nationaler Bericht Österreich (115 Seiten)

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_at_at_nat.pdf

und (63 Seiten)

http://ec.europa.eu/austria/documents/press/eb72_national_report_at_ohne_fragebogen_de.pdf

21. Grünbuch zum Waldschutz

Die Kommission hat ein Grünbuch zum Waldschutz vorgelegt und eine öffentliche Konsultation vom 01.03. bis 31. 07. 2010 eingeleitet. Das Grünbuch nennt die wichtigsten Herausforderungen, die die Wälder Europas im Kampf gegen den Klimawandel bewältigen müssen, gibt einen Überblick über die verfügbaren Schutzinstrumente und Waldinformationssysteme. Da forstpolitische Maßnahmen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, will die Kommission die Debatte auf die Frage konzentrieren, wie der Klimawandel die Bedingungen für die Waldbewirtschaftung und den Waldschutz in Europa verändert und in welche Richtung sich die politischen Maßnahmen der EU entwickeln sollten, um forstpolitische Initiativen der Mitgliedstaaten zu untermauern.

Im Rahmen der EU-Grünen Woche am 3. Juni in Brüssel wird für interessierte Kreise ein Workshop organisiert. Darüber hinaus soll das Grünbuch auch auf einer Waldschutz-Konferenz am 6. und 7. April in Valsain, Spanien, erörtert werden.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 01. 03. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/207&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Öffentliche Konsultation vom 01.03. bis 31. 07. 2010 findet über die Website „Your Voice in Europe“ statt:

http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Wilhelmstraße 60, Zi. 0.61 10117 Berlin / Telefon +49-30-22775974 / Telefax +49-30-22776958